

Antrag 170/II/2022**KDV Pankow****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)****Laufzeit der Trägerschaft bei Unterkünften für geflüchtete Menschen in Berlin verlängern und Qualitätsmerkmale im Vergabeverfahren stärker berücksichtigen**

1 Die SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus und die
2 sozialdemokratischen Mitglieder des Senats werden auf-
3 gefordert, die Laufzeit der Trägerschaft bei Unterkünften
4 für geflüchtete Menschen in Berlin zu verlängern und
5 Qualitätsmerkmale im Vergabeverfahren stärker zu be-
6 rücksichtigen.

7
8 Verträge über den Betrieb von Unterkünften für geflüch-
9 tete Menschen haben in Berlin eine Laufzeit von drei Jah-
10 ren. Diese soll optional auf mindestens sechs Jahre ver-
11 längert werden. Weil bisher meist der günstigste Anbie-
12 ter den Zuschlag erhält, sollen das Modell der Dumping-
13 Preise abgeschafft und die Qualität der Unterbringung so-
14 wie die Leistungen des bisherigen Betreibers stärker in
15 den Fokus der Vergabe gerückt werden.

16

17 Begründung

18 Nach europäischem Vergaberecht müssen die Unterkünf-
19 te für die Unterbringung von geflüchteten Menschen eu-
20 ropaweit ausgeschrieben werden. In Berlin schließen so-
21 ziale Träger oder Unternehmen entsprechende Verträge
22 mit dem Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten Ber-
23 lin (LAF). In der Regel werden Unterkünfte für Geflüchte-
24 te in Berlin dann durch einen Träger für den Zeitraum von
25 drei Jahren betrieben.

26

27 Ein Großteil der durchschnittlich 80-90 Seiten starken
28 Bewerbung besteht aus der Leistungs- und Qualitätsbe-
29 schreibung, welche aufgrund der detaillierten Vorgaben
30 lediglich im Bereich der Kosten eine Vergleichbarkeit mit
31 den Mitbewerbern zulässt. Dies hat zur Folge, dass in der
32 Regel das günstigste, nicht jedoch das qualitativ beste
33 Konzept den Zuschlag erhält. Die Berücksichtigung von
34 wesentlichen Qualitätsmerkmalen in der Arbeit mit ge-
35 flüchteten Menschen sowie ihrer Fortsetzung (bei der Be-
36 werbung um den Weiterbetrieb einer Einrichtung) tritt
37 hinter die deutlich dominierende Kostenbetrachtung zu-
38 rück. Kann ein Träger nach drei Jahren guter Arbeit für und
39 mit geflüchteten Menschen nicht den günstigsten Preis
40 anbieten, erhält ein anderer Wettbewerber den Zuschlag.

41

42 Die formalen Vorgaben im Ausschreibungsverfahren sind
43 derart eng gefasst, dass sich die eingereichten Konzep-
44 te der Bewerber stark ähneln. Dies betrifft vor allem die
45 Leistungs- und Qualitätsbeschreibung, zu deren Vorlage
46 ohnehin jeder Betreiber verpflichtet ist. Aufgrund dieser
47 (ohnehin bereits ausgefertigten) Beschreibung bleibt die

48 Preis- und Kostengestaltung eines der wenigen vergleich-
49 baren Merkmale in der Bewerbung und erhält auf diese
50 Weise übermäßiges Gewicht.

51

52 Für die Beschreibung der konkreten Unterstützungsmaß-
53 nahmen für Bewohnerinnen und Bewohner der ausge-
54 schriebenen Unterkunft hingegen, bleibt im einzurei-
55 chenden Konzept hingegen kein ausreichender Raum.
56 Würde die erforderliche Leistungs- und Qualitätsbeschrei-
57 bung als Standard-Erklärung der Bewerbung beigelegt
58 werden, wäre es Bewerbern möglich, detaillierter zu for-
59 mulieren, welche weitergehenden Inhalte sie umsetzen
60 und vor allem wie sie dies tun wollen. Das aufgezeigte Vor-
61 gehen bei der Vergabe hat jedoch zur Folge, dass in der Re-
62 gel das günstigste, nicht jedoch das qualitativ beste Kon-
63 zept den Zuschlag erhält.

64

65 Im Vergabeverfahren kalkuliert der Betreiber die erwartete
66 Auslastung der Unterkunft. Wird großzügig (also mit
67 einer hohen Auslastung) kalkuliert, sinkt der Tagessatz
68 pro Unterbringungsplatz und somit der Preis. Das führt
69 bereits im Zuge der Bewerbung zur Veranschlagung von
70 deutlichen Überkapazitäten bzw. Unterbelegungen. Wer
71 jedoch vernünftigerweise realistisch, also mit bisweilen
72 weniger hohen Auslastungen, kalkuliert, kommt auf ei-
73 nen höheren Tagessatz und stellt sich gegenüber den Mit-
74 bewerbern in der Ausschreibung schlechter. Das ist ein fal-
75 scher Anreiz und ebnet Dumping-Angeboten den Weg.

76

77 Verstärkt wird dieser Trend durch den Umstand, dass jeder
78 Betreiber ein eigenes Vergütungssystem umsetzt. Festge-
79 legt ist dabei nur der Mindestlohn für die Beschäftigten.
80 Wer niedrige Löhne zahlt, kann einmal mehr preisgünsti-
81 ger in das Vergabeverfahren einsteigen. Auch hier werden
82 also falsche Anreize gesetzt. Die Qualifizierung der Mitar-
83 beiterinnen und Mitarbeiter (beispielsweise durch Schu-
84 lungen und Fortbildungen) muss bei der Vergabe stärker
85 als bisher berücksichtigt werden. Herausragende Fähig-
86 keiten des Personals stellen keinen verzichtbaren Kosten-
87 faktor dar, sondern sichern eine qualitativ gute Unterbrin-
88 gung, die Unterstützung und den Schutz von Geflüchte-
89 ten in Berlin.

90

91 Bei dem Betrieb von Unterkünften für geflüchtete Men-
92 schen hat sich gezeigt, dass es von Vorteil ist, wenn der
93 Betreiber einen Bezug zum Bezirk bzw. zum Kiez hat und
94 die Akteure im Umfeld kennt. Dies hilft auch, Koopera-
95 tionen und wichtige Hilfestrukturen für geflüchtete Men-
96 schen zu schaffen und die Akzeptanz der Anwohnerin-
97 nen und Anwohner im Kiez zu stärken und auszubauen.
98 Mit dem Betreiber wechseln daher nicht nur die Beschäf-
99 tigten der Unterkunft, auch Netzwerke und Kooperatio-
100 nen (u.a. mit Schulen, Kitas, Beratungsstellen und Nach-

101 barschaftsinitiativen) werden i.d.R. gekappt und müssen
102 durch den neuen Betreiber neu aufgebaut werden – so-
103 fern dies überhaupt geschieht. Die Bewohnerinnen und
104 Bewohner werden so direkt benachteiligt. Bei einer Neu-
105 ausschreibung wäre es daher sinnvoll, wenn solche Fak-
106 toren und Leistungen der bisherigen Betreiber, einherge-
107 hend mit dem Engagement der Mitarbeiterinnen und Mit-
108 arbeiter, in die Bewertung einbezogen und im Positivfall
109 auch als Maßstab angesetzt werden würden. Grundsätz-
110 liche Kontrollen durch die zuständigen Behörden müssen
111 weiterhin unangekündigt erfolgen, vor allem aber Män-
112 gelfeststellungen stärker als bisher verfolgt sowie die Be-
113 hebung (und im Zweifel die Kündigung) zuverlässig durch-
114 gesetzt werden.

115

116 Natürlich müssen bei der Vergabe auch wirtschaftliche
117 Maßstäbe angesetzt werden. Diese dürfen jedoch nicht
118 die alle weiteren Aufgaben, die ein Betreiber bei der Über-
119 nahme einer Unterkunft bietet und leistet in den Schat-
120 ten stellen. Unterkünfte für geflüchtete Menschen sind
121 kein Ort der Verwahrung, sondern sollen ein Zuhause sein
122 und die Basis für einen Neustart und ein sicheres selbst-
123 bestimmtes Leben in Deutschland und Berlin bilden.